

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

AUSTERITÄT, GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND FEMINISMUS

Von der Austerität und der Krise der sozialen Reproduktion zu den Kämpfen arbeitender Frauen in den Vereinigten Staaten

Cinzia Arruzza



Inhalt

Einführung	4
1. 25 Jahre Kritik	6
2. Die nicht eingelösten Versprechen von Peking und die Entlarvung des Austeritätsmythos	8
3. Der Entwicklungsverlauf der Austeritätspolitik in den Vereinigten Staaten	10
4. Austerität in der Optik der sozialen Reproduktion	14
5. Frauen während und nach der Krise	18
6. Frauenstreiks gegen Austeritätspolitik in den Vereinigten Staaten	20
Literaturverzeichnis	23
Zur Autorin	25

Diese Studie bietet eine kritische Einschätzung der Stellung, die Frauen in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten 25 Jahre nach der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform einnehmen. Sie befasst sich mit den inhärenten Grenzen der Pekinger Deklaration und führt ihre mangelnde Umsetzung auf die Fortdauer der Austeritätspolitik zurück. Die Untersuchung bedient sich der Kategorie „soziale Reproduktion“ zur Analyse der Austeritätsfolgen für Leben und Arbeitsbedingungen der Frauen und zur Einordnung aktueller, von Frauen angeführter Sozial- und Arbeitskämpfe in ihrem politisch-gesellschaftlichen Kontext.

Auf dem Papier markierte die Verabschiedung der Peking-Deklaration und Aktionsplattform (im Folgenden „Peking-Deklaration“) im Jahre 1995 einen Paradigmenwechsel im Umgang der Vereinten Nationen mit der Gleichberechtigung von Frauen. Die 1979 verabschiedete Konvention über die Beseitigung aller Formen der Frauendiskrimination (CEDAW) [Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women] orientierte sich stark an linksgerichteter feministischer Theorie: Sie betonte die rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die gesetzliche Absicherung von Rechten wie dem Wahlrecht, dem Recht auf Bildung, auf bezahlte Arbeit und auf die Ausübung öffentlicher Ämter. Im Unterschied dazu fasst die Peking-Deklaration die Definition männlicher Dominanz gegenüber Frauen weiter. Stärker als auf rechtliche Gleichstellung und Schutzmaßnahmen konzentriert sie sich auf die Frage, welcher sozialen, materiellen und kulturellen Voraussetzungen die Ermächtigung von Frauen bedarf. (Prestons und Ahrens 2001)

Die Peking-Plattform fordert Staaten, Privatsektor, Finanzinstitutionen, Spender*innen und Zivilgesellschaft auf, sich 50 strategische Ziele im Bereich von zwölf Problemfeldern zu setzen. Genannt werden Armut, Gesundheit, Bildung, Gewalt, bewaffnete Konflikte, Wirtschaft, Macht und Entscheidungsfindung, Umwelt, Medien und institutionalisierte Frauenrechte. Als zentral stellte die Deklaration die selbstständige Verfügung der Frauen über ihre Gesundheit und ihre reproduktiven Rechte heraus. Zu ihren Hauptzielen zählte sie daneben die „Beseitigung der Armut auf der Grundlage eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, einer sozialen Entwicklung, des Umweltschutzes und sozialer Gerechtigkeit“. Dies erfordere „die Einbeziehung der Frau in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, ihre Chancengleichheit

sowie die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern als Träger und Nutznießer einer auf den Menschen ausgerichteten bestandfähigen Entwicklung“. (Beijing Declaration 1995, S. 9)¹

Darüber hinaus kennzeichnete die Aktionsplattform die reproduktionsbezogenen häuslichen Pflichten von Frauen als wesentliches Hindernis sowohl für die Beseitigung geschlechtsbedingter Diskriminierung als auch für die Schaffung gleicher Beschäftigungschancen. Sie empfahl deshalb, zur Minderung dieser Belastung kostenlose Kinderbetreuung bereitzustellen. Zu den offenkundigen Schwächen der Peking-Deklaration gehört, dass sie zwar Xenophobie und Rassendiskriminierung als wesentliche Hemmnisse der Frauenermächtigung anspricht, die spezifischen Bedürfnisse und Sorgen von trans- und nicht binärgeschlechtlich orientierten Frauen jedoch nicht thematisiert, ja sexuelle Orientierung und Homophobie überhaupt nicht erwähnt.

¹ Hier zitiert nach der UN-offiziellen deutschen Übersetzung: https://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/anh_1.html

In den 25 Jahren, die seit Peking verstrichen sind, hat es an Kontroversen über die mangelhafte Durchsetzung der seinerzeit so triumphal verkündeten Zielvorstellungen nicht gefehlt. Auch der Eindruck, dass spätere UN-Dokumente die radikale Plattform der Peking-Deklaration verwässern, provozierte Kritik. So unterzeichneten anlässlich des Zusammentretens der Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau (CSW/Commission on the Status of Women) im Jahre 2015 rund 1000 Teilnehmerorganisationen eine Erklärung (Statement on the Political Declaration 2015), die die vorgesehene Wortwahl der UN-Deklaration verurteilte:

In einer Zeit, in der dringend gehandelt werden muss, um die volle Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung von Frauen und Mädchen durchzusetzen, brauchen wir eine Neubekräftigung unseres Engagements, ein höheres Anspruchsniveau, reale Ressourcen und Rechenschaftspflichtigkeit. Diese politische Deklaration hingegen beschränkt sich auf die vage Beschwörung bestehender Verpflichtungen und wird damit dem Anspruchsniveau der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform nicht gerecht, sondern droht vielmehr, einen großen Schritt rückwärts zu machen. [Eigenübersetzung]

Ähnliche Kritik zog auch die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ aus dem Jahre 2015 auf sich, der vorgeworfen wurde, die wesentlich anspruchsvollere globale Agenda der Peking-Deklaration aufzuweichen. (Khan und Lappin 2015) Weitere Einwände richteten sich gegen

die in Peking 1995 pauschal beschlossene Strategie des „Gender Mainstreaming“ und sehen darin eine Strategie neoliberaler Governance. Vertreter*innen dieser Sichtweise kritisierten, dass das Dokument die unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensverhältnisse von Frauen in aller Welt zu wenig berücksichtige und ein spezifisch gegendertes Subjekt schaffe – die arme Drittwelt-Frau, deren Bedürfnisse und Rechte von internationalen Entwicklungsexperten diktiert werden. (Milward, Mukhopadhyay und Wong 2015)

Ein anderer Strang der Kritik besagt, die Pekinger Konferenz habe gezeigt, dass eine ursprünglich dem wohlinstitutionalisierten und -finanzierten Mainstream-Feminismus der USA entstammende Auffassung von Geschlechtergleichstellung weltweit hegemonial geworden sei. „Jenseits allen Wortgeklingels folgten die operativen Bestimmungen der Aktionsplattform“, wie Susan Watkins (2018, S. 43) kürzlich schrieb, „einer vertrauten Antidiskriminierungslogik: Integration der Frauen in die bestehende global-kapitalistische Ordnung, unterfüttert durch Zwangsgewalt“. Watkins rekonstruiert die sich wandelnde Dynamik der UN-Konferenzen im Kontext eines rapiden Wandels der internationalen Szenerie zwischen den mitt-70er und den mitt-80er Jahren und kommt zu dem Schluss, entgegen dem radikalen Anschein habe Peking den Sieg einer sozial-liberalen Agenda dokumentiert.

Der Antidiskriminierungs-Ansatz war voll kompatibel mit der neuen Weltordnung und Ausdruck der Niederlage, die „Vorschläge zur Frauenemanzipation durch eine stärker egalitär geprägte sozio-ökonomische Ordnung“ erlitten hatten. (Watkins 2018, S. 43) So bewertete die Pekinger Plattform beispielsweise Handelsliberalisierung und dynamische offene Märkte positiv, betonte die Notwendigkeit, die Familie als gesellschaftliche Grundeinheit zu stärken, setzte sich für Mikrokredit und berufliche (Schein-)Selbständigkeit als eine Art Königsweg zur Unterstützung armer Frauen ein, erwärmte sich aber nicht sonderlich für die Finanzierung von Sozialleistungen. In dieser Sichtweise scheint die allgemein angenommene Verbindung zwischen der Pekinger Konferenz und der Rede, die Hillary Clinton dort hielt, die Wesensverwandtschaft zwischen Peking-Plattform und neoliberalem Mainstream-Feminismus Lügen zu strafen.

Die nicht eingelösten Versprechen von Peking und die Entlarvung des Austeritätsmythos

Trotz einiger Verbesserungen – einer verstärkten Präsenz von Frauen in öffentlichen Ämtern beispielsweise, einer vermehrten Mitwirkung junger Frauen im Hochschulwesen, einem bedeutenden Wissenszuwachs und einer gewachsenen Akzeptanz der Geschlechtergleichstellung – haben die fünfundzwanzig Jahre seit der Pekinger Konferenz klar gezeigt, dass neoliberale Globalisierung und schuldengetriebene Austeritätspolitik einer Verwirklichung der erklärten Ziele der Deklaration unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen. Zu eben diesem Urteil gelangt Juan Pablo Bohoslavsky, der unabhängige Experte der Vereinten Nationen für Auslandsverschuldung und Menschenrechte, in dem 2018 von ihm vorgelegten Report über die weltweiten Auswirkungen der Austeritätspolitik auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte von Frauen. Er schlussfolgert, dass austeritätsgetriebene fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen – wie etwa die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Privatisierung von Dienstleistungen und der Abbau sowohl von Sozialleistungen wie von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst – negative Kumulationseffekte für Frauen bewirken. Bohoslavsky (2018, S. 20) unterstreicht, in welchem Maße die durch Sparmaßnahmen erheblich vermehrte Last unbezahlter Sorgearbeit Frauen strukturell bedingt an der Wahrnehmung ihnen zustehender Rechte hindert. Zugleich kritisiert er die „instrumentalistische Gender-Agenda“ der internationalen Finanzinstitutionen mit ihrer Blickverengung auf Wirtschaftswachstum und Frauenteilhabe am Arbeitsmarkt.

Im Folgenden werde ich den Entwicklungsverlauf der Austeri-

tätspolitik in den Vereinigten Staaten nachzeichnen und die Diagnose begründen, dass diese die Wahlprogrammatik von Demokraten wie Republikanern nach wie vor fest im Griff hat. Zur Untersuchung der Auswirkungen von Sparmaßnahmen und Sozialreformen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen bediene ich mich des Begriffs der sozialen Reproduktion. Ich werde mich auch mit von Frauen angeführten Kämpfen der letzten Jahre befassen, die sich vor dem Hintergrund der gegenderten Austeritätseffekte als Kämpfe um soziale Reproduktion besser begreifen lassen.

Im Jahr 2013 meldeten sich zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler mit einer Neubewertung der politischen Ökonomie der Austerität zu Wort: So charakterisierte der Nobelpreisträger Paul Krugman (2013) Austerität in einem Blogpost als „schrecklichen Fehler“ und rief in Erinnerung, dass alle Vorhersagen der Befürworter dieser Doktrin sich als falsch erwiesen hatten. Im selben Jahr schätzte ein Report des Internationalen Währungsfonds, dass die Sparmaßnahmen in den Vereinigten Staaten diese im Jahr 2013 zwischen 1,25 und 1,75 Prozent ihres BIP kosten würden. (Blanchard und Leigh 2013) Der Wirtschaftswissenschaftler Robert Pollin (2013) schrieb sogar, er halte „den Aufstieg der Austeritätspolitik, sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa, für die bei weitem schädlichste geistige und politische Entwicklung unserer Zeit“.

Ebenfalls 2013 widerlegte eine Gruppe von Harvard-Professoren einen infamen Artikel der Wirtschaftswissenschaftler Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff (Reinhart und Rogoff 2010), in dem diese behauptet hatten, eine Bruttoverschuldung der Volkswirtschaft von über 90 Prozent wirke sich außerordentlich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Von republikanischen Abgeordneten wurde die Argumentation der beiden als wissenschaftliche Rechtfertigung ihrer Politik der Ausgabenkürzungen gefeiert. Allerdings fußten die Schlussfolgerungen ihres Artikels, wie sich herausstellte, auf trüben Erwägungen und fehlerhaften Berechnungen, die keiner *Peer Review* unterzogen worden waren. (Dolgon 2017) Doch die überwältigenden Beweise dafür, dass die Austeritätspolitik ihre Versprechungen nicht gehalten hatte, konnten das tonangebende ökonomische Narrativ über die Vorzüge der Austeritätspolitik gegenüber der keynesianischen politischen Ökonomie nicht verdrängen, und republikanische Politiker berufen sich nach wie vor auf das Reinhart/Rogoff-Papier.

3

Der Entwicklungsverlauf der Austeritätspolitik in den Vereinigten Staaten

Austeritätspolitik lässt sich als eine politische Methode zur Reduzierung des strukturellen Defizits der Staatshaushalte definieren, die darauf basiert, bestimmte Typen öffentlicher Ausgaben (vor allem kollektive öffentliche Dienstleistungen) zu kürzen, andere (wie die Militärausgaben) jedoch nicht, und gleichzeitig zur Wachstumsförderung Steuern zu senken. Der eigentliche Siegeszug der Austeritätsdoktrin begann in den Vereinigten Staaten in der Reagan-Ära. Mit dieser endete der Wohlfahrtsstaat und es setzte eine wahre Flut von Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, von Einschnitten bei den Staatsausgaben und enormen Steuererleichterungen für die Reichen ein. (Dolgon 2017) Das Konzept selbst allerdings kann bis in den Präsidentschaftswahlkampf Barry Goldwaters gegen Präsident Lyndon Johnson im Jahre 1964 zurückverfolgt werden.

Goldwaters Wahlkampagne zielte auf den Rückzug des Staates aus gesellschaftlichen Einrichtungen wie dem Sozialsystem, Bildung und Erziehung sowie sozialem Wohnungsbau, und richtete sich sowohl gegen die Gewerkschaften wie gegen obligatorische Sozialversicherungsformen. (McGahey 2013) Obwohl Goldwater 1964 unterlag, beeinflussten diese Vorstellungen die Republikanische Partei in den Folgejahren zutiefst, um dann nach Reagans Wahlsieg von 1980 in die Praxis umgesetzt zu werden. In der Reagan-Ära bildete sich eine spezifische Strategie heraus, an der sich die Republikaner während der Oppositionsjahre gegen die Präsidentschaft Bill Clintons vorrangig orientierten. Sie bestand, kurz gesagt, in der Kombination von Defizitabbau und Steuersenkungen als den beiden strategischen Zielen, die es parallel zu verfolgen galt.

Die für einen Defizitabbau ohne gleichzeitige Steuererhöhungen erforderlichen Ausgabenkürzungen sollten, so die Pläne der Republikaner, bei öffentlichen Diensten und Sozialleistungen (insbesondere bei der staatlichen Krankenversicherung, der Gesundheitsvorsorge für Bedürftige sowie der Sozialhilfe) erfolgen, nicht aber bei den Verteidigungsausgaben. Nun geht die Staatsverschuldung nur zum kleineren Teil auf Sozialausgaben zurück. Aufgrund der Kombination aus massiven Steuersenkungen zugunsten der Reichen und beträchtlich gestiegenen Ausgaben für das Militär führte die Strategie der Republikaner deshalb letztlich zu noch größerer Verschuldung. Diese wuchs ebenso wie unter Reagan auch während der Präsidentschaften beider Bushs weiter an. Und in der Regierungszeit von Bush Jr. löste der zwischenzeitlich unter Bill Clinton erwirtschaftete Überschuss sich in Luft auf. (Dolgon 2017)

Während die Kombination aus Defizitabbau und Steuersenkungen das Herzstück der republikanischen Strategie bildet, die letztlich auf Kürzung der Sozialausgaben abzielt, lieferte die Regierungspolitik der Demokraten in den vergangenen Jahrzehnten durchaus keine grundsätzliche Alternative zum Austeritätskonzept. Auch die Clinton-Administration strebte einen Defizitabbau an und konnte diesen auf der Grundlage eines rapiden Wirtschaftswachstums mit einer Kombination aus Steuererhöhungen und verringerten Staatsausgaben tatsächlich erreichen. Darüber hinaus führte Clinton allerdings „die dramatischste Revision des bundesstaatlichen Wohlfahrtssystems seit dem New Deal“ (Cooper 2019, S. 65) durch, die auf den Versuch hinauslief, die Verantwortung für arme Frauen durch ein staatlich erzwungenes System privater Familienverantwortung zu ersetzen.

Die Obama-Administration hatte es dann mit einem ganz anderen, durch erhöhte Verschuldung und die weltweite Finanzkrise sowie die damit verbundene Rezession gekennzeichneten ökonomischen Kontext zu tun. Aber auch Obama verfolgte wie seine republikanischen Gegenspieler das Ziel, Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung abzubauen. Der Unterschied zwischen den Republikanern und der Obama-Administration bestand lediglich in der Wahl der Mittel, mit denen das beiden gemeinsame Ziel erreicht werden sollte: Obama akzeptierte die meisten Ausgabenkürzungen der Bush-Ära und betrieb sogar wei-

tere Kürzungen, weigerte sich aber, die Sozialleistungen so einschneidend zu reduzieren wie die Republikaner es wünschten. Obendrein sah Obamas Strategie mittel- und langfristig gewisse Steuererhöhungen vor, was den republikanischen Forderungen nach Steuersenkungen zuwiderlief. (McGahey 2013)

Trump wiederum versprach als Präsidentschaftskandidat, er werde die Austeritätspolitik beenden und mit dem Establishment in Politik und Finanzwesen brechen. Doch seine Haushaltspolitik läuft bislang ganz im Gegenteil auf die Erfüllung des republikanischen Traums hinaus. Sein Haushaltsentwurf für 2017 sah vor, binnen zehn Jahren nicht weniger als 1,7 Billionen Dollar aus vom Kongress kontrollierten Inlandsprogrammen zu streichen: Federal Student Aid (FAFSA), landwirtschaftliche Subventionen, Medicaid, das Lebensmittelmarken-Programm, die steuerfinanzierte Arbeitsunfähigkeitsversicherung der Social Security Administration (SSDI) und andere mehr. Sein Haushaltsentwurf für 2019 fiel ähnlich aus und sah unter anderem eine Kürzung sämtlicher nichtmilitärischen Ermessensausgaben (*discretionary spending*) um 42,3 Prozent bei gleichzeitiger Steigerung der Verteidigungsausgaben um sage und schreibe 777 Milliarden Dollar binnen einer Dekade vor.

Die Sparpolitik fordert einen hohen Preis, aber nicht von jeder und jedem. Tatsächlich bleibt die Austeritätspolitik in den maßgeblichen Parteien – ob „links“ oder „rechts“ – hegemonial, nicht, weil sie wirtschaftliches Wachstum fördert, sondern weil sie eine Form des Klassenkampfes von oben darstellt. Unter dem Vorwand der Schuldenkrise betreibt sie die Umverteilung von unten nach oben und demonstriert den öffentlichen Sektor. Wie Dolgon (2017, S. 219) schreibt:

Diejenigen, die – nicht erst nach der Krise von 2008, sondern in Wirklichkeit schon seit den 1980er Jahren – auf Austeritätspolitik drängten, ließen sich entweder von schlechten Analysen und schlechten Ideen leiten oder wussten im Grunde sehr gut, dass fortgesetzte Finanzkrisen denen nützen, die die Finanzmärkte kontrollieren und über politische Macht verfügen, nicht aber der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Was für Familien der Mittelschicht und der Arbeiterklasse eine wirtschaftliche Dau-

erkatastrophe darstellt, bedeutete unglaubliche Profite für die obersten 1 Prozent, die sich nicht zu schade waren, die von ihnen selbst kontrollierte Ökonomie zugrunde zu richten, nur um noch mehr für sich herauszuholen.

Dass der Austeritätsmythos sich halten kann, obwohl inzwischen immer mehr Ökonomen erklären, dass die Spardoktrin der Wirtschaft schadet, sollte nicht als ein Symptom politischer Irrationalität aufgefasst werden. Des Pudels Kern ist, wie David McNally (2015) darlegt, dass es Konzernen weder um Wirtschaftswachstum oder das Wohl einer Volkswirtschaft noch um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht. Für sie dreht sich nun einmal alles um die Maximierung ihrer Profite. Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist ihre Agenda absolut rational: Zwischen 2008 und 2012 wuchsen in den USA die Unternehmensgewinne um 20 Prozent jährlich, während Amerikas Arbeiter*innen zunehmend verarmten.

Austerität in der Optik der sozialen Reproduktion

Bohoslavskys UN-Report unterstrich, dass es der Kategorie der sozialen Reproduktion bedarf, um die Auswirkungen der Austerität auf die Rechte der Frauen angemessen einschätzen zu können. Sie erfasst die Arbeit und die Tätigkeiten, von denen Reproduktion und Sozialisation der Menschen und die erforderliche Sorgearbeit abhängen. Marxistisch verstanden betont der Begriff „soziale Reproduktion“ die Rolle dieser Tätigkeiten bei der Reproduktion der Arbeitskraft, also unserer Fähigkeit, unter den Bedingungen des kapitalistischen Arbeitsmarkts Arbeit zu verrichten. (Bhattacharya 2018; Ferguson 2019)

Im Haushalt erfolgt die Arbeit der sozialen Reproduktion unbezahlt, bezahlt hingegen im öffentlichen und privaten Sektor (bei der Kinderbetreuung, in Schulen, Krankenhäusern, Pflegediensten etc.). Vor allem aber ist sie hochgradig gegendert: Frauen sind in der Regel für den größten Teil dieser Arbeit innerhalb der Familie verantwortlich, und auch die meisten Beschäftigten sowohl im öffentlichen wie im privaten Reproduktionssektor sind Frauen. Die Kategorie „soziale Reproduktion“ erfasst eine Reihe austeritätsorientierter Politiken und deren Auswirkungen auf das Leben von Frauen als Teil eines einheitlichen Prozesses, der das Verhältnis zwischen sozialer Reproduktion und profitorientierter Produktion reorganisiert. Auf diese Weise ordnet er erstere, die soziale Produktion, der letzteren unter und senkt reproduktive Kosten, indem er die Last Frauen aufbürdet. (Fraser 2016. Zudem ist dieser Prozess hochgradig rassifiziert, da rassifizierte Frauen unter der Kürzung von Sozialleistungen tendenziell überdurchschnittlich stark leiden und zudem überdurchschnittlich oft als bezahlte Pflegekräfte Lohnarbeit leisten.

Bei aller berechtigten Kritik, die gegen die redistributiven Sozialprogramme des New Deal vorgebracht werden kann, weil sie die Umverteilung in Form eines fordistischen Familienlohns organisierten, dadurch überkommene Familienstrukturen verfestigten und weiße Arbeiter privilegierten: Zwischen 1935 und 1970 gelang es, die den Frauen als Sorgearbeit aufgebürdete Last durch einen expandierenden öffentlichen Sektor zu verringern. Darüber hinaus begünstigte die Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen eine signifikant gesteigerte Partizipation von Frauen an regulärer Lohnarbeit. Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst stieg zwischen 1964 und 1974 um 70 Prozent und bis 1981 um weitere 28 Prozent an (Abramovitz 2012). Heute stellen Frauen die Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes und fast die Hälfte der Bundesbediensteten. Und weil der öffentliche Sektor seit je zugänglicher für rassifizierte Arbeitskräfte ist, sind schwarze Frauen auf derartigen Arbeitsgebieten tendenziell überrepräsentiert.

Der Sieg Ronald Reagans im Präsidentschaftswahlkampf 1980 machte diesem Umverteilungsprozess allerdings ein Ende. Es folgten vier Jahrzehnte, in denen die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen an gleich mehreren Fronten angegriffen wurden. Das führte zu dem Mangel an elementaren Reproduktionsdienstleistungen, der heute im sozialen Netz herrscht: an bezahlter Eltern- und Familienzeit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlbaren Wohnungen, kostenloser oder jedenfalls bezahlbarer Kinderbetreuung, guten Schulen und Kliniken, in denen Schwangerschaftsabbruch und Reproduktionsmedizin erschwinglich sind. Diese Entwicklungen koinzidierten mit der Zunahme häuslicher Pflegedienste für Behinderte und Senioren sowie der um sich greifenden Praxis von Krankenhäusern, Patienten zu entlassen, obwohl sie noch pflegebedürftig sind.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, die Jahrzehnte der Austerität hätten lediglich der Demontage von öffentlichen Diensten und Sozialleistungen gedient. Mit Reagans Präsidentschaft begann auch die Abkehr von einem Sozialstaatsverständnis, das auf öffentlicher Verantwortlichkeit basierte, zugunsten der Auffassung, Wohlfahrt sei Privatsache der Familien. Diese Verlagerung der Verantwortung bewirkte letztlich eine Renaissance überkommener Familienwerte und Geschlechterrollen. Reagans „Omnibus Reconciliation Act“ von 1981

strich eine Milliarde Dollar Bundesausgaben aus dem seit der New Deal-Ära bestehenden AFDC-Programm für Familien mit Kindern – Aid for Families with Dependent Children – und reduzierte zudem die Zahl der AFDC-Berechtigten um 400 000. Dieser Aspekt der Reform wirkte sich unmittelbar auf das Leben der Frauen aus und trug zur gesellschaftlichen Unterdrückung besonders von trans- und nicht-binär-geschlechtlich orientierten Frauen bei.

Reagan gelang es allerdings nicht, eine umfassende bundesstaatliche „Reform“ des Sozialsystems durchzusetzen. Es war stattdessen Bill Clinton, der dem „Wohlfahrtssystem, wie wir es kannten, ein Ende machte“. (Cooper 2019, S. 65) 1996 schaffte Clinton das AFDC-Programm einfach gänzlich ab und ersetzte es durch ein zeitlich befristetes Programm für „bedürftige Familien“: Temporary Assistance for Needy Families (TANF). Dieses Programm enthielt eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielten, Familien stärker in die Verantwortung zu nehmen: polizeiliche Maßnahmen zur Aufspürung säumiger Väter und zur Erzwingung von Unterhaltszahlungen; Sanktionen gegen Mütter, die es versäumten, bei der Ermittlung biologischer Väter mit den Wohlfahrtsorganisationen zu kooperieren; Reduzierung unehelicher Geburten ohne Zunahme von Schwangerschaftsabbrüchen; *responsible fatherhood*-Initiativen; usw. usf.

Untermauert wurde diese Politik durch traditionelle Vorstellungen von väterlicher Autorität und einer „natürlichen“ Rolle des Mannes in der Familie. So wurde der Sozialstaat nicht nur den Empfehlungen libertärer Theoretiker gemäß demontiert, sondern zugleich als eine Apparatur zur Durchsetzung von Familienwerten reorganisiert. In diesem Rahmen wurde individuelle Verantwortung zu Familienverantwortung umgedeutet. Darüber hinaus führte Clintons Sozialreform eine fünfjährige Befristung des Anspruchs auf Sozialleistungen ein und verpflichtete Leistungsempfänger*innen zur Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen, zumeist im Dienstleistungs-Niedriglohnsektor. Diese Politik des „Förderns und Forderns“ (*workfare*) trug zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in einem Sektor bei, in dem schon zuvor hauptsächlich Schwarze, Latinx und Migrant*innen gearbeitet hatten. Auf diese Weise wurden „die historisch rassifzierten Pflichten zur Verrichtung häuslicher Dienstleistungen brutal wieder eingeführt.“ (Cooper 2019, S. 102)

Das neue Sozialsystem der New Democrats wurde unter den Präsidenten Bush Jr. und Obama weiter ausgebaut. George W. Bush erhöhte die familienpolitischen Aufwendungen – für Programme wie *marriage promotion* (Förderung von Familienwerten), *responsible fatherhood* (Elternzeit und -geld. etc. für Väter) und *abstinence education* (Enthaltsamkeitserziehung) – auf mehr als das Dreifache und nahm zugleich tiefe Einschnitte in andere Sozialleistungsprogramme vor. Obama wiederum verdoppelte die Ausgaben für *responsible fatherhood*-Programme, die besonders schwarze Familien ins Auge fassten. Und beide Präsidenten, sowohl Bush als auch Obama, weiteten die Beteiligung religiöser Organisationen an der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen enorm aus.

5

Frauen während und nach der Krise

Die Theorie der sozialen Reproduktion ist ein nützliches Instrument, wenn es darum geht abzuschätzen, wie sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen während der großen Rezession – insgesamt gesehen – auf Frauen ausgewirkt haben, und zwar sowohl in ihrer Eigenschaft als Beschäftigte im öffentlichen oder privaten Sektor als auch im Hinblick darauf, dass hauptsächlich sie Nutznießerinnen öffentlicher Dienstleistungen sind. Während die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 zunächst einen signifikanten Verlust traditionell männlich besetzter Arbeitsplätze in Industrie und Bauwesen bewirkte, weist die anschließende Periode wirtschaftlicher Erholung ein anderes Muster auf.

Ab 2012 ging die Erwerbslosigkeit der Männer schneller zurück als die der Frauen und am Jahresende lag sie knapp unter der Rate der Frauenarbeitslosigkeit. (Milkman 2016) Das hängt unmittelbar mit der Tatsache zusammen, dass die zwischen 2009 und 2011 eingetretenen Arbeitsplatzverluste – ob im öffentlichen oder im privaten Sektor – in der Mehrzahl traditionell von Frauen ausgeübte Jobs betrafen. Bei den 578 000 in diesem Zeitraum gestrichenen Stellen im öffentlichen Sektor handelte es sich in 63,8 Prozent der Fälle um traditionelle Frauenjobs. Von den im Privatsektor neu geschaffenen Arbeitsplätzen ging nur ein Siebtel an Frauen. (Abramovitz 2012; Enloe 2013)

Hinzu kommt, dass Stellenstreichungen im öffentlichen wie im privaten Dienstleistungsbereich in der Regel mit dem Verlust von Leistungen einhergingen, deren Erbringung den Frauen als unbezahlte Sorgearbeit aufgebürdet wurde. Besonders hart trafen die Haushaltskürzungen während der Rezessionsjahre das Bildungssystem – mit

schlimmen Folgen für die Frauen, die 2015 an die 76 Prozent der Lehrerschaft ausmachten. Fast die Hälfte der Einzelstaaten gab 2016 weniger für die Schulen aus als 2007. Die Kürzungen betrafen besonders ärmere Bezirke und führten zur Entlassung von Lehrpersonal, Einkommensverlusten, größeren Klassen und verringerten Dienstleistungen (wie etwa Beratung und Betreuung nach Schulschluss).

Doch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Es gilt auch zu berücksichtigen, welche Rolle die Krisen- wie die Erholungsperiode bei der vermehrten Ungleichbehandlung von Frauen unter Klassen- und Rassenaspekten gespielt haben. Während die berufliche Geschlechtertrennung in freien und Management-Berufen die letzten Jahrzehnte hindurch deutlich abnahm, ist sie, wie Ruth Milkman (2016) nachweist, in den unteren Einkommensgruppen im Wesentlichen gleichgeblieben. Die Integration am Arbeitsplatz kommt Frauen mit Hochschulbildung zugute, während ärmere Frauen in schlechtbezahlten und gegenderten Jobs (wie Hausarbeit, Kinderbetreuung etc.) stecken geblieben sind.

Diese Art beruflicher Geschlechtertrennung spielte bei der Frage, wen die Große Rezession in Mitleidenschaft ziehen würde, eine Schlüsselrolle. Die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsplatzverlusts war bei weißen Frauen mit Hochschulbildung deutlich geringer als bei solchen ohne Abschluss. 2010 beispielsweise betrug die Arbeitslosigkeitsrate weißer Frauen mit Hochschulabschluss 4,2 Prozent, die derjenigen ohne Abschluss hingegen 13 Prozent. Bei schwarzen Frauen ohne Hochschulabschluss lag sie sogar bei 20 Prozent (Milkman 2016). Darüber hinaus waren schwarze Frauen, Latinas und Migrantinnen aus der Arbeiterklasse, deren Beschäftigungsverhältnisse meist nicht mit Sozialleistungen (wie gesundheitlicher Betreuung, bezahlter Mutterschaftsurlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) verbunden sind, den Einschränkungen öffentlicher Dienstleistungen stärker ausgesetzt als freiberuflich oder in Managementfunktionen tätige Frauen. Rassifizierte Transsexuelle haben es noch schwerer. Einer Untersuchung des National Center for Transgender Equality zufolge lebten 2015 unter den Befragten 43 Prozent der Latinx, 41 Prozent der Native Americans, 40 Prozent der multirassischen und 38 Prozent der schwarzen Transgender-Personen in Armut. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate beträgt in den Vereinigten Staaten 12 Prozent. (James et al. 2016)

Frauenstreiks gegen Austeritätspolitik in den Vereinigten Staaten

In den Jahren 2018 und 2019 traten in den Staaten Arizona, Colorado, Kentucky, North Carolina, Oklahoma und West Virginia sowie in den Städten Denver, Los Angeles, Oakland und Chicago Lehrer*innen in den Streik. Die Streikwelle des Jahres 2018 machte dieses hinsichtlich der Mobilisierung Lohnabhängiger zu einem der seit langem erfolgreichsten Jahre. Die Streikenden forderten dabei nicht allein Einkommensverbesserungen und Sozialleistungen für sich, sondern auch höherwertige Bildung für ihre Schüler*innen. So protestierten sie gegen größere Klassen und Mittelkürzungen im öffentlichen Bildungswesen.

Der Lehrer*innenstreik in Chicago im Herbst 2019 bezog in seinen Forderungskatalog auch den Anspruch auf bezahlbare Wohnungen ein und verknüpfte so den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen der Unterrichtenden mit dem um *bezahlbare* Schulbildung. Die Forderung betraf insbesondere schwarze Schüler*innen und ihre Familien, die von Gentrifizierung, Vernachlässigung nichtweißer Communities und Mietpreiskrise besonders hart betroffen sind. Darüber hinaus stellten die Lehrer*innen zugleich auch Forderungen, die andere schulisch Beschäftigte betrafen, beispielsweise Betreuungskräfte wie Küchenpersonal und Fahrer*innen. Tithi Bhattacharya (2018) findet, dass diese Streikdynamik mit der Rolle zusammenhängt, die diese Frauen in der Betreuungs- und Beaufsichtigungsarbeit spielen: „Frauen leisten, ob entlohnt oder nicht, die Mehrzahl der erforderlichen Betreuungsarbeiten zuhause und in der Gemeinschaft. Das spiegelt sich in dem Verständnis wider, in dem die Lehrer*innen ihre Streiks führen. Die Streikenden sind sich darin einig, dass sie für ihre Schüler*innen streiken.“

Ein ähnliches Muster weisen Streiks und andere Mobilisierungsformen von Krankenpfleger*innen im gleichen Zeitraum auf. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass in den Vereinigten Staaten 91 Prozent der in der Krankenpflege Beschäftigten Frauen sind. Als die einschlägige Gewerkschaft National Nurses United im September 2019 einen 24-stündigen Streik organisierte, gingen Tausende von ausgebildeten Krankenschwestern auf die Straße und forderten über Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen hinaus auch eine bessere Versorgung ihrer Patienten.

Man wird diesen Streiks am ehesten gerecht, wenn man sie als exemplarische Reaktionen von Frauen auf die der Austeritätspolitik geschuldete Krise der sozialen Reproduktion begreift. Auch wenn sie keine explizit feministische Agenda haben, sind diese Streiks doch durchaus Bestandteil der feministischen Mobilisierungswelle in aller Welt, insbesondere der feministischen Streikbewegung der letzten drei Jahre. Diese Bewegung pocht beharrlich darauf, dass Produktion und Reproduktion nicht voneinander zu trennen sind, und organisierte in diesem Sinne zwischen 2017 und 2019 drei transnationale feministische Streiks in beiden Bereichen. Die Initiative bezweckte es, den Zusammenhang zwischen der unbezahlten Sorgearbeit im Haushalt und der Lohnarbeit von Frauen im öffentlichen wie im privaten Dienstleistungssektor sichtbar zu machen. Sie betonte zugleich die Schlüssel-funktion, die dem Begriff der sozialen Reproduktion zukommt, wenn es darum geht, die ökonomischen und sozialen Dynamiken zu erfassen, die diversen Arten der Frauenunterdrückung den Boden bereiten: die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern, die Last unbezahlter Sorgearbeit, Gewalt gegen Frauen und die geschlechtliche Segregation auf dem Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus nahm die Bewegung die neoliberale Austerität-doktrin als eines der Haupthindernisse der Frauenbefreiung ins Visier. Auch wenn die Streiks von Lehrer*innen und Pflegekräften in den Vereinigten Staaten sich feministische Slogans oder die Perspektive der sozialen Reproduktion nicht ausdrücklich zu eigen gemacht haben, so haben sie doch charakteristische Elemente der feministischen Streikbewegung übernommen. Angesichts des Kontexts zunehmender Angriffe gegen die reproduktive Selbstbestimmung (*reproductive freedom*)

der Frauen in den Vereinigten Staaten, in dem sie agieren, sollte dies nicht überraschen. Durch Trumps Präsidentschaft angestachelt führen sozialkonservative Kräfte eine Kampagne gegen das Roe vs. Wade-Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1973, das eine Fristenregelung ermöglicht, und fordern ein generelles Verbot des Schwangerschaftsabbruchs. In der vor uns liegenden Zeit werden linke Aktivist*innen und Organizer*innen sich schwerpunktmäßig der Aufgabe annehmen müssen, zwischen der neuen Militanz arbeitender Frauen und der feministischen Bewegung Brücken zu bauen. Es gilt, auf einen Massestreik hinzuarbeiten, der die Verteidigung der reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen mit Widerstand gegen die neoliberale Austeritätspolitik verbindet.

- Abramovitz, M. 2012. "The Feminization of Austerity", *New Labor Forum*, 21:1, S. 30-39.
- Beijing Declaration and Platform for Action 1995. United Nations. https://beijing20.unwomen.org/~media/headquarters/attachments/sections/csw/pfa_e_final_web.pdf.
- Bhattacharya, T. (Hrsg.) 2017. *Social Reproduction Theory. Mapping Class, Recentering Oppression*, Pluto Press.
- Bhattacharya, T. 2018. "Women are leading the wave of strikes in America. Here's why", *The Guardian*, 10. April. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/apr/10/women-teachers-strikes-america>.
- Blanchard, O. und D. Leigh 2013. "Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers", Januar, International Monetary Fund. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp1301.pdf>.
- Bohoslavsky, J. P. 2018. "Report of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights. Impact of economic reforms and austerity measures on women's human rights". <https://www.undocs.org/A/73/179>.
- Cooper, M. 2017. *Family Values. Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*, Zone Books.
- Dolgon, C. 2017. *Kill it to Save it. An Autopsy of Capitalism's Triumph over Democracy*, Bristol University Press.
- Enloe, C. 2013. *Seriously! Investigating Crashes and Crises as if Women Mattered*, University of California Press.
- Ferguson, S. 2019. *Women and Work. Feminism, Labour and Social Reproduction*, Pluto Press.
- Fraser, N. 2016. "Contradictions of Capital and Care", *New Left Review* 100, S. 99-117.
- James, S. E. et al. 2016. *The Report of the 2015 US Transgender Survey*. National Center for Transgender Inequality.
- Kahn, T. und K. Lappin. 2015. "Global goals on women's rights are a pale imitation of promises made in Beijing", *The Guardian*, 23. September. <https://www.theguardian.com/global-development/2015/sep/23/global-goals-womens-rights-pale-imitation-beijing-declaration-and-platform-for-action>.
- Krugman, P. 2013. "Evidence and Economic Policy", *Blog. New York Times*, 24. April. <https://krugman.blogs.nytimes.com/2013/04/24/evidence-and-economic-policy/>.

- McGahey, R. 2013. "The Political Economic of Austerity in the United States", *Social Research*, 80:3, S. 717-748.
- McNally, D. 2015. "Austerity and Resistance in the United States", in *Polarizing Development. Alternatives to Neoliberalism and the Crisis*, hrsg. von L. Pradella und T. Marois, Pluto Press, S. 260-270.
- Milkman, R. 2016. *On Gender, Labor and Inequality*, University of Illinois Press.
- Milward, K., M. Mukhopadhyay und F. F. Wong. 2015. "Gender Mainstreaming Critiques: Signposts or Dead Ends?", *IDS Bulletin* 46:4, S. 75-81.
- OSAGI 2002. "Gender Mainstreaming: An Overview", United Nations, New York. <https://www.un.org/womenwatch/osagi/pdf/e65237.pdf>.
- Pollin, R. 2013. "Austerity Economics and the Struggle for the Soul of US Capitalism", *Social Research*, 80:33, S. 749-780.
- Preston, R. C. 2001. "United Nations Conventions in Light of Feminist Theory", *Michigan Journal of Gender and Law* 8:1, S. 1-43. <https://repository.law.umich.edu/mjgl/vol8/iss1/1>.
- Reinhart, C. A. und K. S. Rogoff. 2010. "Growth in a Time of Debt", *American Economic Review: Papers and Proceedings* 100, S. 573-578.
- Statement on the Political Declaration on the Occasion of the 20th Anniversary of the Fourth World Conference on Women 2015, <https://www.sidint.net/content/statement-political-declaration-occasion-20th-anniversary-fourth-world-conference-women>.
- Watkins, S. 2018. "Which Feminisms?", *New Left Review* 109, S. 5-76.

Zur Autorin

Cinzia Arruzza lehrt als Associate Professor Philosophie an der New School for Social Research und zählt zu den Organisatorinnen des International Women's Strike der Jahre 2017 und 2018 in den Vereinigten Staaten. Sie veröffentlichte die Bücher *Dangerous Liaisons. The Marriages and Divorces of Marxism and Feminism* (Merlin Press 2013) und *A Wolf in the City. Tyranny and the Tyrant in Plato's Republic* (Oxford University Press 2018) sowie (zusammen mit Tithi Bhattacharya and Nancy Fraser) das Manifest *Feminism for the 99%* (Verso Books 2019), das in 26 Sprachen erschienen ist oder noch erscheinen wird. Deutschsprachige Ausgabe: *Feminismus für die 99 %*. Ein Manifest, Berlin 2019 (Matthes & Seitz), ISBN: 978-3-95757-786-3.

**AUSTERITÄT, GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND FEMINISMUS
VON DER AUSTERITÄT UND DER KRISE DER SOZIALEN
REPRODUKTION ZU DEN KÄMPFEN ARBEITENDER
FRAUEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN**

AUTORIN

Cinzia Arruzza

HERAUSGEGEBEN VON

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Germany

REDAKTION

Maria Theresia Starzmann

LAYOUT/GRAFIK

Erifli Arapoglou

Erscheinungsjahr: 2020

Diese Publikation wurde gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland. Die Publikation, oder Teile davon, können frei genutzt werden, solange ein Verweis auf die Originalveröffentlichung erfolgt. Für den Inhalt dieser Publikation ist ausschließlich die Autorin zuständig. Die Publikation gibt nicht zwingend die Position der RLS wieder.